



Fall-Nr.: B 2014/5
Stelle: Verwaltungsgericht
Rubrik: Verwaltungsgericht
Publikationsdatum: 24.03.2015
Entscheiddatum: 24.03.2015

Entscheid Verwaltungsgericht, 24.03.2015

Zuständigkeit für Sozialhilfe. Art. 7 Abs. 1, Abs. 2 und Abs. 3 lit. c ZUG (SR 851.1).Fremdplatzierung eines Kindes während der Dauer des

Strafverfahrens gegen den Stiefvater. Kein selbständiger

Unterstützungswohnsitz des Kindes, da keine dauernde Fremdplatzierung (Verwaltungsgericht, B 2014/5).Entscheid vom 24. März 2015

BesetzungPräsident Eugster; Verwaltungsrichter Heer, Rufener,

Bietenharder; Ersatzrichter Somm; Gerichtsschreiber

SchmidVerfahrensbeteiligtePolitische Gemeinde A.,

Gemeinderat,Beschwerdeführerin,vertreten durch

Sozialhilfekommission,gegenDepartement des Innern des Kantons St.

Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St. Gallen,Vorinstanz,Politische Gemeinde

B., Gemeinderat,Beschwerdegegnerin,GegenstandUnterstützung von X.Y.;

örtliche ZuständigkeitDas Verwaltungsgericht stellt fest:

A.

a. X.Y., geb. 1998, ist die Tochter von K.Y. Gemäss Beschluss der Vormundschaftsbehörde B. vom 30. Juni 2011 wurde der Mutter in Anwendung von Art. 310 Abs. 1 ZGB die elterliche Obhut über X.Y. entzogen und die bereits erfolgte Unterbringung der Tochter bei der Pflegefamilie L., in C., bestätigt. Diese Massnahme werde bis zum Ende des Strafverfahrens (gegen den Stiefvater) aufrechterhalten. Das weitere Vorgehen werde danach aufgrund des gerichtlichen Urteils oder der Einstellung des Strafverfahrens neu beurteilt (act. G 7/1/1 Ziff. 1). Der persönliche Kontakt sowie Besuche der Mutter würden im Sinn von Art. 273 des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (ZGB; SR 210) und unter Berücksichtigung von Art. 275a ZGB bis 31. Juli 2011 untersagt und danach beschränkt. Ab August 2011 würden mindestens ein telefonischer Kontakt pro Woche sowie begleitete Besuche an mindestens zwei



St.Galler Gerichte

Tagen pro Monat angeordnet (act. G 7/1/1 Ziff. 4). Mit Schreiben vom 20. März 2013 gab der Leiter des Sozialamtes B. dem Sozialamt der Gemeinde A. bekannt, dass X.Y. per 1. Januar 2013 in B. abgemeldet und in A. am 2. Januar 2013 angemeldet worden sei. Da die elterliche Sorge und somit auch der Unterstützungswohnsitz bei der Mutter liege und keine dauernde Fremdplatzierung angeordnet worden sei, sondern lediglich eine solche während der Dauer des Strafverfahrens gegen den Stiefvater, sei die Gemeinde B. für die Zahlung der Platzierungskosten nicht mehr zuständig (act. G 7/1/2). Das Sozialamt A. teilte hierauf im Schreiben vom 5. April 2013 mit, dass kein Unterstützungswohnsitz von X.Y. in A. gegeben sei, da sie bereits seit dem 16. Juni 2011 bei einer Pflegefamilie untergebracht und auf der Rechnung der Vermittlerin des Pflegeverhältnisses von einer Langzeittherapie die Rede sei (act. G 7/1/3).

b. Mit Beschluss vom 1. Mai 2013 hob die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) unter anderem den Obhutsentzug sowie die Fremdplatzierung von X.Y. bei der Pflegefamilie L. auf (act. G 7/1/4). Mit Beschluss vom 30. Mai 2013 wies der Gemeinderat B. die als Einsprache entgegengenommene Eingabe der Gemeinde A. vom 5. April 2013 ab und forderte sie auf, ihr die seit dem Jahr 2013 angefallenen Kosten für die Fremdplatzierung zurückzuerstatten. Die Fremdplatzierung sei für die Dauer des Strafverfahrens gegen den Stiefvater angeordnet worden und habe somit keinen dauernden Charakter. Massgebend sei diesbezüglich die Absicht betreffend Dauer der Platzierung bei der Beschlussfassung. Der Umstand, dass die KESB den Obhutsentzug und die damit verbundene Fremdplatzierung nach Abschluss des Strafverfahrens aufgehoben habe, bestätige die vorübergehende Natur der Fremdplatzierung (act. G 7/1/5). Den gegen diesen Beschluss von der Sozialhilfekommission A. mit Eingabe vom 28. Juni 2013 erhobenen Rekurs (act. G 7/1) wies das Departement des Innern des Kantons St. Gallen mit Entscheid vom 17. Dezember 2013 ab mit der Feststellung, dass X.Y. ihren Unterstützungswohnsitz seit 1. Januar 2013 in A. habe (act. G 2).

B.

a. Gegen diesen Entscheid erhob die politische Gemeinde A., vertreten durch die Sozialhilfekommission, mit Eingabe vom 10. Januar 2014 Beschwerde mit den Rechtsbegehren, der Entscheid sei aufzuheben und es sei festzustellen, dass sich der



Unterstützungswohnsitz von X.Y. für die Dauer ihrer Fremdplatzierung bei der Pflegefamilie in der politischen Gemeinde B. befinde (Ziff. 1). Der Gemeinderat B. sei anzuweisen, die sozialhilferechtliche Finanzierung des Pflegeplatzes und des Lebensbedarfs von X.Y. für die gesamte Dauer ihrer Fremdplatzierung bei der Pflegefamilie in C. sicherzustellen (Ziff. 2). Unter Kosten- und Entschädigungsfolge zulasten der Beschwerdegegnerin (Ziff. 3).

b. In der Vernehmlassung vom 4. Februar 2014 beantragte die Vorinstanz unter Bestätigung der Darlegungen im angefochtenen Entscheid Abweisung der Beschwerde (act. G 6). Die Beschwerdegegnerin stellte in ihrer Vernehmlassung vom 6. Februar 2014 die folgenden Anträge: Die Beschwerde sei abzuweisen, soweit darauf einzutreten sei; unter Kostenfolge zulasten der Beschwerdeführerin, soweit in diesem Verfahren überhaupt vorgesehen (act. G 9).

c. Mit Eingabe (Replik) vom 18. Februar 2014 bestätigte die Beschwerdeführerin ihre Anträge und Ausführungen (act. G 11).

d. Auf die Darlegungen der Parteien in den Eingaben des vorliegenden Verfahrens wird, soweit für den Entscheid wesentlich, in den nachstehenden Erwägungen eingegangen.

Darüber zieht das Verwaltungsgericht in Erwägung:

1. (...).

2.

2.1. Das unmündige Kind teilt nach Art. 7 Abs. 1 ZUG den Unterstützungswohnsitz der Eltern oder jenes Elternteils, unter dessen Sorge es steht. Wenn die Eltern keinen gemeinsamen zivilrechtlichen Wohnsitz haben, teilt das Kind nach Art. 7 Abs. 2 ZUG den Unterstützungswohnsitz jenes Elternteils, bei dem es wohnt. Einen selbständigen Unterstützungswohnsitz am letzten Unterstützungswohnsitz nach den Absätzen 1 und 2 hat das Kind nach Art. 7 Abs. 3 lit. c ZUG dann, wenn es dauernd nicht bei den Eltern oder einem Elternteil wohnt. Diese Bestimmung gilt nur für das unmündige Kind, das unter elterlicher Sorge steht, wirtschaftlich unselbständig ist und dauernd nicht bei den Eltern oder einem Elternteil lebt. Erfasst werden freiwillige und behördliche



Fremdplatzierungen ohne Entzug der elterlichen Sorge (BGer 2A.134/2006 vom 29. Juni 2006, E. 2.2 und 4.3.1; W. Thomet, Kommentar zum Bundesgesetz über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger, Zürich 1994, Rz. 125, 127 und 132).

2.2. Fest steht vorliegend, dass K.Y. (Mutter von X.Y.) mit dem Wegzug von D. per 1. Januar 2013 ihren Unterstützungswohnsitz in A. begründete (Art. 4 Abs. 1 ZUG). Als eigener Unterstützungswohnsitz eines minderjährigen Kindes gemäss Art. 7 Abs. 3 lit. c in Verbindung mit Abs. 1 und 2 ZUG gilt der Ort, an dem es unmittelbar vor der Fremdplatzierung gemeinsam mit den Eltern oder einem Elternteil gelebt bzw. Wohnsitz gehabt hat. Der derart definierte Unterstützungswohnsitz bleibt künftig für die gesamte Dauer der Fremdplatzierung der gleiche, auch wenn die Eltern oder der sorgeberechtigte Elternteil den Wohnsitz wechseln (BGer 8C_701/2013 vom 14. März 2014, E. 3.2.2.1). Als lediglich vorübergehend - und damit keinen eigenen Unterstützungswohnsitz des minderjährigen Kindes nach Art. 7 Abs. 3 lit. c in Verbindung mit Abs. 1 und 2 ZUG begründend - gelten Fremdaufenthalte in auswärtigen Institutionen, die entweder nur von kurzer Dauer sind oder bei denen ein Kontakt zwischen Kindern und Eltern aufrecht erhalten wird und die Absicht besteht, dass die Kinder nach einer bestimmten Zeit wieder zu den Eltern ziehen. Kümmern sich die Eltern hingegen nicht ernstlich um ihre Kinder bzw. nehmen sie ihre elterliche Sorge nicht wahr und erfolgt die Fremdplatzierung auf unbestimmte Zeit oder für mehr als sechs Monate, spricht dies in der Regel für die Dauerhaftigkeit des Fremdaufenthaltes (vgl. Thomet, a.a.O., Rz. 132). Ob dabei die elterliche Sorge entzogen wird oder entsprechende Bestrebungen bestehen, ist nicht massgeblich. Genauso wenig kommt es auf die tatsächliche Dauer des Fremdaufenthaltes an. Entscheidend ist einzig, ob bei Beginn der Fremdplatzierung von Dauerhaftigkeit auszugehen oder nur eine vorübergehende Lösung beabsichtigt war. Andernfalls könnte immer erst nach einer bestimmten Dauer des Fremdaufenthaltes darüber entschieden werden, welcher Kanton letztlich die Kosten zu tragen hat, was nicht dem Sinn des Gesetzes entsprechen kann, will dieses doch gerade für klare Verhältnisse bei der interkantonalen Zuständigkeitsausscheidung sorgen (BGer 8C_701/2013 a.a.O., E. 3.2.2.2 mit Hinweisen).

2.3. Zu klären ist, ob X.Y. im Zeitpunkt der Unterbringung bei der Pflegefamilie L. am 11. Juni 2011 einen eigenen (dauernden) Unterstützungswohnsitz im Sinn von Art. 7



Abs. 3 lit. c ZUG in B. begründet hatte oder ob es sich dabei um einen abgeleiteten Unterstützungswohnsitz handelte, den sie mit dem Umzug von D. nach A. im Januar 2013 zusammen mit ihrer Mutter wechselte. Die Beschwerdeführerin macht unter anderem geltend, die Tochter habe aufgrund eines Obhutsentzugs für unbestimmte Zeit während knapp zwei Jahren und somit dauernd nicht bei der Mutter gewohnt. Damit habe sie einen eigenen Unterstützungswohnsitz in B. begründet. Der Umzug der Mutter habe diesen Unterstützungswohnsitz nicht tangiert. Die Vorinstanz gehe fälschlicherweise davon aus, dass der Obhutsentzug nicht auf unbestimmte Zeit angeordnet worden sei, weil er an die Dauer des Strafverfahrens gegen den Stiefvater gekoppelt worden sei. Gemäss Beschluss-Dispositiv 1 Satz 1 der Vormundschaftsbehörde B. vom 30. Juni 2011 habe es sich um einen definitiv und auf unbestimmte Zeit angeordneten Obhutsentzug gehandelt. Eine Befristung auf die Dauer des Strafverfahrens habe nicht vorgelegen. Es sei offen geblieben, ob die Vormundschaftsbehörde nach Beendigung des Strafverfahrens eine Weiterführung der Fremdplatzierung in Betracht ziehe oder den bestehenden Obhutsentzug aufheben und die elterliche Obhut der Mutter wieder herstellen werde. Die Vorinstanz habe selbst eingeräumt, dass erst nach Abschluss des Strafverfahrens entschieden werden könne, wo und bei wem X.Y. inskünftig wohnen werde. Die Wiederherstellung der elterlichen Obhut sei erst zulässig, wenn sich die Verhältnisse inzwischen derart geändert hätten, dass das Kindeswohl bei einer Rückgabe des Kindes an die Eltern nicht mehr gefährdet erscheine. Es sei sodann hinlänglich bekannt, dass solche Strafverfahren bis zum Vorliegen eines rechtskräftigen Abschlusses in aller Regel Monate bis Jahre dauern würden. Von daher könne nicht von einer bloss vorübergehenden Fremdplatzierung die Rede sein. X.Y. habe ab 11. Juni 2011 dauernd von ihrer Mutter getrennt bei der Pflegefamilie gelebt. Das Pflegeverhältnis habe annähernd zwei Jahre gedauert. Während dieser Zeitspanne hätten über mehrere Wochen überhaupt keine persönlichen Kontakte zwischen Mutter und Kind und über lange Zeit nur sehr beschränkte telefonische Kontakte mit begleiteten Besuchstagen bestanden (act. G 1 S. 7-16).

2.4. Wird das Wohl des Kindes durch den persönlichen Verkehr gefährdet, üben die Eltern ihn pflichtwidrig aus, haben sie sich nicht ernsthaft um das Kind gekümmert oder liegen andere wichtige Gründe vor, so kann ihnen gemäss Art. 274 Abs. 2 ZGB das Recht auf persönlichen Verkehr verweigert oder entzogen werden. Wichtige



Gründe im erwähnten Sinn zur Beschränkung des Besuchsrechts können unter anderem bei Strafverfahren gegen einen Elternteil vorliegen (vgl. Ingeborg Schwenzer, in: Basler Kommentar zum ZGB, 4. A., Rz 10 f. zu Art. 274). - Gemäss Beschluss der Vormundschaftsbehörde B. vom 30. Juni 2011 wurden der persönliche Kontakt sowie Besuche der Mutter im Sinn von Art. 273 ZGB und unter Berücksichtigung von Art. 275a ZGB bis 31. Juli 2011 untersagt und danach beschränkt. Ab August 2011 wurden mindestens ein telefonischer Kontakt pro Woche sowie begleitete Besuche an mindestens zwei Tagen pro Monat angeordnet. Der Kontakt musste - zur Erkennbarkeit einer allfälligen Einflussnahme der Mutter auf die Tochter für die Begleitperson - jeweils in deutscher Sprache erfolgen (act. G 7/1/1 Ziff. 4). Nach Lage der Akten war diese Massnahme aufgrund der Beeinflussungsgefahr im damals laufenden Strafverfahren erforderlich (vgl. Darlegungen der Beschwerdegegnerin in act. G 7/3).

Unbestritten ist, dass X.Y. bis zur Aufhebung der Massnahme Anfang Mai 2013 bzw. darüber hinaus bis 7. Juni 2013 (act. G 1 S. 5) knapp zwei Jahre bei der Pflegefamilie L. platziert war (act. G 7/3/4). Entscheidend für die Beantwortung der Frage der Dauerhaftigkeit der Fremdplatzierung im Sinne des Art. 7 Abs. 3 lit. c ZUG ist nach dem hiervor Dargelegten jedoch, ob bereits bei Beginn der Fremdplatzierung von einer anhaltenden Vorkehr auszugehen war. Im Beschluss vom 30. Juni 2011 wurde festgehalten, dass die Unterbringung bei der Pflegefamilie L. bis zum Ende des Strafverfahrens gegen den Stiefvater aufrecht erhalten bleibe und das weitere Vorgehen aufgrund des Strafurteils bzw. der Verfahrenseinstellung neu beurteilt werde (act. G 7/1/1 S. 5). Die damalige Situation machte offensichtlich ein rasches Einschreiten seitens der zuständigen Behörden notwendig, ohne dass die Sachlage vorgängig hätte geklärt werden können. Die Fremdplatzierung stellte demnach eine einstweilige vorsorgliche Vorkehr dar, um X.Y. durch örtliche Trennung von Mutter und Stiefvater vor weiteren negativen Einflüssen zu schützen. Die Anordnung der Fremdplatzierung erfolgte nach dem klaren Beschluss-Wortlaut (Dispositiv Ziff. 1 in act. G 7/1/1) nicht auf unbestimmte Zeit, sondern wurde von der - nicht im Voraus bekannten, aber zeitlich absehbaren - Dauer des Strafverfahrens abhängig gemacht. Eine diesbezüglich dauerhafte Lösung konnte zu Beginn denn auch noch gar nicht beabsichtigt sein, fehlte es dafür doch klarerweise am vertieften Wissen um die Sachumstände. Dies hat umso mehr zu gelten, als es sich bei der Fremdplatzierung aus Sicht aller Verfahrensbeteiligten um einen erheblichen Eingriff in die Rechtsstellung



der Direktbetroffenen handelt und deshalb regelmässig erst nach Klärung der Umstände zur dauerhaften Massnahme erklärt werden kann (vgl. BGer 8C_701/2013 a.a.O., E. 4.2.2).

2.5. Aus den geschilderten Umständen zog die Vorinstanz im angefochtenen Entscheid unter anderem den Schluss, dass X.Y. in irgendeiner Art und Weise in das Strafverfahren involviert gewesen sei, weshalb es nur folgerichtig sei, dass nach förmlicher Beendigung des Strafverfahrens eine Lagebeurteilung vorgenommen und dann entschieden werden sollte, wo und bei wem sie inskünftig wohnen werde. Ausserdem sei bei einem Kind im Alter von zwölfeinhalb Jahren (im Zeitpunkt des Obhutsentzugs) die Gefahr einer Entfremdung von der Mutter durch die Beschränkung des Besuchsrechts weniger immanent als bei einem Säugling oder Kleinkind. Im Alter von zwölf Jahren sollten die Bande zwischen Mutter und Tochter so eng geknüpft sein, dass auch eine zeitweilige Kontaktsperre diese nicht zu lösen vermöchten. Zudem sei X.Y. in jenem Zeitpunkt aufgrund ihres Alters wohl in der Lage gewesen zu erkennen, weshalb ihr der Kontakt zur Mutter verwehrt worden sei. Ausserdem habe sich die Mutter vehement dafür eingesetzt, dass ihr Kind zu ihr zurückkomme. All dies spreche dafür, dass X.Y. nicht dauernd fremdplatziert worden sei (act. G 2 S. 7 f. mit Hinweis auf act. G 7/3).

2.6.

2.6.1. Vorab ist zur Tatsache, dass die Tochter in der Zeit von Juni 2011 bis Juni 2013 nicht bei der Mutter, sondern bei der Pflegefamilie wohnte (vgl. Bestätigung vom 17. Februar 2014, act. G 11 Beilage), festzuhalten, dass dieser Umstand einzig über die Quantität, nicht jedoch über die Qualität des Kontakts zwischen Mutter und Tochter etwas aussagt. Die Qualität des Kontakts wird denn auch von keiner Seite in Frage gestellt. Nach Lage der Akten blieb ein Kontakt der Tochter zur Mutter während der Dauer der Massnahme - mit Ausnahme des ersten Monats (Juli 2011; vgl. act. G 7/1/1) - aufrechterhalten. Die verfügten Beschränkungen des Kontakts waren ausschliesslich Folge des Strafprozesses gegen den Stiefvater. Damit war auch zu keinem Zeitpunkt in Frage gestellt, dass die Tochter nach Aufhebung der Massnahme wieder bei der Mutter wohnen wird. Überdies bestätigte sich im Nachhinein durch die unmittelbar nach Beendigung des Strafverfahrens erfolgte Aufhebung der Massnahme deren



vorübergehender Charakter. Die in der Rechtsprechung jeweils angeführte "Normdauer" von sechs Monaten als Anhaltspunkt/Indiz für die Dauerhaftigkeit einer Massnahme kommt nur dann zum Tragen, wenn nicht andere bzw. gewichtigere Umstände einen gegenteiligen Schluss nahelegen bzw. belegen. Die Tatsache, dass die Massnahme effektiv rund zwei Jahre andauerte, vermag nichts an dem hier ausschlaggebenden Umstand zu ändern, wonach die Massnahme lediglich aufgrund und für die Dauer des Strafverfahrens angeordnet worden war. Andere Gründe für den Obhutsentzug liegen unbestritten nicht vor. Die Tatsache, dass im Zeitpunkt der Anordnung des Obhutsentzugs die Dauer und der Ausgang des strafrechtlichen Verfahrens gegen den Stiefvater nicht bestimmt waren, vermag den vorübergehenden Charakter des Obhutsentzugs bzw. die Endlichkeit jedes Strafverfahrens ebenfalls nicht in Frage zu stellen. Entgegen der Auffassung der Beschwerdeführerin (act. G 1 S. 8 unten) kann nicht von einem definitiv angeordneten Obhutsentzug für unbestimmte Zeit ausgegangen werden. Offensichtlich unzutreffend ist ihr Hinweis, dass es sich bei den Sätzen 2 und 3 der Dispositiv-Ziffer 1 des Beschlusses der Vormundschaftsbehörde vom 30. Juni 2011 (act. G 7/1/1 S. 5) lediglich um eine nicht vollstreckbare Erläuterung handle (act. G 1 S. 10). Unzutreffend ist auch ihre Feststellung, wonach von der Vormundschaftsbehörde verfügt worden sei, dass der Obhutsentzug mindestens bis zum Ende des Strafverfahrens dauere (act. G 1 S. 10). Solches lässt sich Satz 2 der Dispositiv-Ziffer 1 des Beschlusses vom 30. Juni 2011 nicht entnehmen. Zutreffend erscheint demgegenüber das Vorbringen der Beschwerdeführerin (act. G 1 S. 12 mit Hinweis auf Breitschmid, Basler Kommentar zum ZGB, 4. A. 2010, Rz 15 zu Art. 310 ZGB, BGer 5A_478/2008 vom 20. August 2008, E. 4.2, und 5C.27/2002 vom 21. Februar 2002), wonach der Obhutsentzug erst aufgehoben werden dürfe, wenn er aufgrund veränderter Verhältnisse nicht mehr nötig sei. Letzteres war mit der Beendigung des Strafverfahrens gegen den Stiefvater der Fall.

2.6.2. Im Weiteren ist festzuhalten, dass dem von der Beschwerdeführerin zitierten BGer 2A.504/1999 vom 9. März 2000 (E. 4a) - in Abweichung zum vorliegenden Fall - als Sachverhalt eine (unbestrittene) dauernde Fremdplatzierung eines Kindes in einem Heim zugrunde lag. An einer Befristung der Fremdplatzierung fehlte es sodann im Sachverhalt, welcher dem von der Beschwerdeführerin angeführten Urteil des Verwaltungsgerichts B 2012/53 vom 15. Oktober 2012 zugrundelag: Hier ging es um



die Fremdplatzierung eines Kindes im Wocheninternat einer internen Sonderschule, wo es sich (auch wegen familiärer Probleme bzw. unsicherer Familiensituation) unter dauernder Obhut von Drittpersonen befand (VerwGE B 2012/53 a.a.O., E. 2.2.2, www.gerichte.sg.ch). Sodann lag dem von der Beschwerdeführerin angeführten (act. G 11 S. 2) VerwGE B 2002/144 vom 24. März 2003 (GVP 2003 Nr. 13) als Sachverhalt zugrunde, dass sich eine zunächst als Wochenpflege beabsichtigte Fremdplatzierung eines Kindes im Verlauf der Unterbringung zur Dauerpflege entwickelte. Im konkreten Fall gab es insofern keine solche Entwicklung des Sachverhalts, als die Fremdplatzierung zum vornherein und explizit für die Dauer des Strafverfahrens gegen den Stiefvater vorgesehen war. Auch die weiteren von der Beschwerdeführerin zitierten Gerichtsentscheide (vgl. act. G 1 S. 8-16 unter anderem mit Hinweis auf GVP 1998 Nr. 78, S. 200, BGer 2A.253/2003 vom 23. September 2003, BGer 2A.134/2006 a.a.O., BGE 135 V 134, Urteil Verwaltungsgericht Graubünden 20130618 vom 18. Juni 2013, E. 4, Urteil Verwaltungsgericht Zürich VB.2002.00046 vom 11. April 2002) sind nicht einschlägig bzw. liefern für den vorliegenden Sachverhalt keinen konkreten Anlass, der auf eine dauernde Fremdplatzierung von X.Y. schliessen liesse. Die dargelegten Umstände machen insgesamt deutlich, dass X.Y. auch während ihres Aufenthalts bei der Pflegefamilie L. einen (von ihrer Mutter) abgeleiteten Wohnsitz hatte und sie zusammen mit ihrer Mutter am 1. Januar 2013 in A. einen Unterstützungswohnsitz begründete. Weitere Gründe dafür, aufgrund welcher die vorinstanzliche Bestätigung eines Unterstützungswohnsitzes von X.Y. in A. ab 1. Januar 2013 in Frage zu stellen wäre, lassen sich den Akten und den Eingaben der Beschwerdeführerin nicht entnehmen. Bei fehlendem Nachweis einer Ermessensüberschreitung bzw. eines Ermessensmissbrauchs oder von fehlerhaften Sachverhaltsannahmen (vgl. Art. 61 Abs. 1 und 2 VRP) lässt sich der angefochtene Entscheid nicht beanstanden. Die Befürchtung der Beschwerdeführerin, dass die Annahme einer vorübergehenden Fremdplatzierung zu einer völligen Verunsicherung der rechtsanwendenden Sozialhilfebehörden führe (act. G 11 S. 3), erscheint gerade in einem Fall wie dem vorliegenden insofern nicht berechtigt, als im Beschluss vom 30. Juni 2011 die Aufrechterhaltung der Massnahme bis zum Ende des Strafverfahrens klar fixiert und damit befristet wurde (act. G 7/1/1 Dispositiv-Ziffer 1).

3.

3.1. (...).



3.2. (...).

Demnach erkennt das Verwaltungsgericht zu Recht:

1. Die Beschwerde wird abgewiesen.
2. Die Beschwerdeführerin bezahlt die amtlichen Kosten von Fr. 1'500.--, unter Verrechnung mit dem in gleicher Höhe geleisteten Kostenvorschuss.
3. Ausseramtliche Kosten werden nicht entschädigt.

Der Präsident

Der Gerichtsschreiber

Eugster

Schmid